

BESCHLUSS ANTRAG TR01:
**ZUSAMMEN FÜR EIN
STARKES DEUTSCHLAND**

ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG
BERLIN 8.–10. DEZEMBER 2023

SPD Soziale
Politik für
Dich.

ANTRAG TR01: ZUSAMMEN FÜR EIN STARKES DEUTSCHLAND

1. Ein starkes Land stark halten

Die Sozialdemokratie kämpft für eine Gesellschaft des Respekts. Eine Gesellschaft, in der jede und jeder von ihrer beziehungsweise seiner Arbeit gut und selbstbestimmt leben kann. Eine Gesellschaft, in der wir zusammen die großen Aufgaben unserer Zeit angehen und jede und jeder den Beitrag leistet, den er oder sie beitragen kann. Eine gerechte Gesellschaft, in der wir aufeinander Rücksicht nehmen, die Freiheit des Einzelnen respektieren und solidarisch zusammenstehen, weil wir die Kraft der Gemeinschaft brauchen.

Deutschland ist ein starkes Land. Mit 83 Millionen Bürgerinnen und Bürgern sind wir eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt und die stärkste Europas. Wir haben Innovationen hervorgebracht, die die Welt geprägt haben. Das hat Wohlstand und den Aufbau eines modernen und starken Sozialstaats ermöglicht. Über viele Jahrzehnte war in unserem Land klar, dass es zukünftigen Generationen einmal bessergehen würde.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat unsere europäische Friedensordnung erschüttert. Er fordert Europas Freiheit, Demokratie und Sicherheit heraus. Corona, der Kampf gegen die Klimakrise und die hohe Inflation: Die Krisen der vergangenen Jahre haben Verunsicherungen in unserer Gesellschaft ausgelöst. Heute glauben immer weniger Menschen daran, dass es den eigenen Kindern einmal bessergehen wird. Angesichts der Veränderungen, vor denen wir stehen, sind viele Gewissheiten ins Wanken geraten. Wo wir einst Vorreiter waren, sind uns heute andere Länder voraus. Die Welt ist im Umbruch, die Globalisierung sortiert sich neu. Deutschland, das wie kaum ein anderes Land von einer regelbasierten internationalen Ordnung und offenen Märkten profitiert hat, treffen diese Umbrüche besonders hart. Wir werden uns verändern müssen, um auch in Zukunft ein starkes Land zu sein.

Vieles funktioniert heute nicht so, wie wir uns das wünschen. Deutschland ist in vielen Bereichen zu kompliziert, zu teuer, zu langsam geworden. Wir alle spüren das

in unserem Alltag: Züge, die nicht fahren, Brücken, die nicht tragen, Schulen, in denen es von der Decke tropft, und das wochenlange Warten auf einen Termin im Bürgeramt. Das kann nicht unser Anspruch sein. Unser Land hat in Phasen, in denen vieles von selbst zu laufen schien, zu wenig in die Zukunft investiert. Das werden wir ändern. Es braucht ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen.

Die sozial-ökologische Transformation wird unsere Art zu leben, uns fortzubewegen, zu heizen und zu arbeiten verändern. Gleichzeitig verändert die Digitalisierung nicht nur unsere Arbeitswelt, sondern auch unsere Kommunikation und unser Zusammenleben. Wir sind überzeugt, dass wir die Verantwortung für den Wandel nicht auf die Einzelne oder den Einzelnen abwälzen können. Wir brauchen gemeinsame Antworten unserer Gesellschaft, die zugleich unser Gemeinwohl stärken. Dabei helfen uns die Transformationserfahrungen der Menschen, die in ihrer Region Umbrüche in der Vergangenheit erlebt und erfolgreich gestaltet haben, insbesondere in Ostdeutschland. Jede und jeder soll in einem modernen Deutschland gut leben können.

Denn wir sind überzeugt, dass wir aus den Veränderungen Verbesserungen machen können. Wir sehen in den Umbrüchen eine Chance, unser Land zu modernisieren und das Leben wieder besser, einfacher und bezahlbarer zu machen. Eine Chance, Deutschland als Zukunftsstandort für Unternehmen und Fachkräfte attraktiv zu halten. Denn wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt ist.

Die SPD hat etwas vor mit unserem Land. Wir wollen Deutschland wieder zum Vorreiter machen. Das ist nicht im Alleingang zu schaffen und es wäre auch ungerecht, diese Aufgabe Einzelnen aufzubürden. Das gelingt nur, wenn wir unsere Kräfte bündeln und gemeinsam die Modernisierung vorantreiben. Dafür brauchen wir eine Politik, die die großen Modernisierungsaufgaben unserer Zeit anpackt: den klimaneutralen Umbau dessen, wie wir wirtschaften und leben, die Gestaltung des demografischen Wandels und die gemeinwohlorientierte Digitalisierung. Sie sind Bedingungen dafür, dass unser Land lebenswert ist.

Die Europäische Union will bis spätestens 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt werden. Wir haben uns in Deutschland vorgenommen, bis spätestens 2045 klimaneutral zu wirtschaften und zu leben, um die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu schützen. Der weltweite Wettbewerb fordert uns heraus: China, Indien oder die USA investieren massiv in Innovationen, Produktionsstandorte und damit in die Jobs der Zukunft. Unsere Startbedingungen in Deutschland und Europa sind gut. Wenn wir den klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft konsequent vorantreiben, kann das zum Wohlstandsmotor für uns, unsere Kinder und Enkelkinder werden. So sichern wir gute Arbeit und gute Löhne. So sichern wir die finanziellen Grundlagen für einen ambitionierten Sozialstaat. Und so sichern wir ein freies und selbstbestimmtes Leben für alle.

Wir erleben derzeit enorme technologische Sprünge, die große Auswirkungen auf unseren Alltag und unsere Arbeitswelt haben werden. Die Digitalisierung hat grundlegend verändert, wie wir kommunizieren, arbeiten und zusammenleben. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen und die dafür erforderliche digitale Infrastruktur und Verwaltung massiv ausbauen. Wenn wir diesen Weg konsequent gehen, kann die Digitalisierung unsere Arbeit effizienter gestalten und so den Mangel an Fach- und Arbeitskräften mildern, unsere wirtschaftliche Produktivität steigern und zeitliche und kreative Freiräume für ein selbstbestimmtes Leben erweitern.

Wandel ist nichts Neues. Neu ist jedoch die Dimension der Veränderungen, die wir derzeit erleben. Damit der Wandel zu Verbesserungen führt, brauchen wir ein neues Zusammenspiel von Staat und Markt. Die vergangenen Jahre und Krisen haben gezeigt, dass der Markt allein nicht in der Lage ist, Sicherheit im Wandel und Wohlstand für alle zu gewährleisten. Wer immer noch glaubt, dass der Markt alles regelt, schaut nicht genau hin oder ignoriert die Realitäten. Der Drang zur kurzfristigen Profitmaximierung steht notwendigen langfristigen Veränderungsprozessen im Weg. Ein moderner Staat muss planbare und attraktive Rahmenbedingungen für den klimaneutralen Umbau und die Digitalisierung schaffen und die Interessen des Gemeinwohls hochhalten. Er sichert Freiräume für gesellschaftliche Kreativität und individuelle Entfaltung, unternehmerischen Wettbewerb und Innovationsgeist.

Als Sozialdemokratie werden wir dafür sorgen, dass der Wandel die Gesellschaft nicht in neue Gewinner und Verlierer spaltet. Wir werden die kommenden Jahre und Jahrzehnte nur erfolgreich gestalten, wenn wir alle Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg mitnehmen und die Kosten und Gewinne der Transformation gerecht verteilen. Die Mär der „Trickle-Down-Economics“, nach der die gesamte Gesellschaft vom Erfolg einiger weniger profitiert, ist in den vergangenen Jahrzehnten eindrucksvoll widerlegt worden. Die wachsende Ungleichheit ist heute eine der größten Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für unsere Demokratie.

Echter Wohlstand entsteht erst dann, wenn alle profitieren: durch eine gute öffentliche Infrastruktur, gut ausgestattete Schulen, Teilhabe und Mitbestimmung auf dem Arbeitsmarkt, bezahlbaren Wohnraum, gute Löhne und die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben, einen starken Sozialstaat als Partner, der einfach hilft, wenn man ihn braucht. Dafür steht die Sozialdemokratie.

Die SPD sieht ihre Aufgabe darin, Orientierung für die Zukunft und Sicherheit im Wandel zu geben. Daran arbeiten wir jeden Tag in der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz. Als Partei entwickeln wir programmatische Antworten über die Legislaturperiode hinaus. Antworten, damit Deutschland auch in Zukunft ein starkes Land bleibt, in dem die Bürgerinnen und Bürger ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Vieles hat die Koalition im Bund bereits vorgebracht und sie arbeitet weiter daran,

dass unser Land moderner wird und die Transformation schneller vorangeht. Es ist vor allem die SPD in der Regierung und im Bundestag, die dafür Sorge trägt, dass es auch eine sozial gerechte Transformation ist.

2. Die sozial-ökologische Transformation: So schaffen wir unseren Wohlstand in Zukunft

Mehr als 200 Jahre haben wir unsere gesamte Wirtschaft auf fossiler Energie aufgebaut. Die alte Industriegesellschaft war ein Wohlstandsmotor für Millionen von Menschen weltweit. Die Klimakrise und das Artensterben machen deutlich, dass wir so nicht weitermachen können. Um die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu erhalten, müssen wir bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral wirtschaften und leben. Wir wollen diesen Veränderungsprozess so gestalten, dass unser Land demokratisch, sozial gerecht und wirtschaftlich stark in die Zukunft gehen kann. Das ist die wichtigste politische Aufgabe unserer Generation.

Neben dem Klimawandel gefährdet auch der Verlust der Artenvielfalt unsere Lebensgrundlagen. Wir treiben Maßnahmen voran, die Ökosysteme schützen und wiederherstellen. Ohne leistungsstarke Kohlenstoffsinken wie gesunde Wälder oder Moore werden wir unsere Klimaziele nicht umsetzen. Wir wollen die bestehenden Naturschutzflächen aufwerten und langfristig neue Flächen zu diesem Zweck sichern.

Unsere sozialdemokratische Transformationspolitik besteht aus einer aktiven Industrie- und Innovationspolitik, die Zukunftsinvestitionen stärkt, für bezahlbare Energie sorgt, Fachkräftepotenziale sichert, den Innovationsstandort Deutschland befördert, Freiheiten für unternehmerische und gesellschaftliche Kreativität sichert und so nachhaltiges Wachstum für Wohlstand und ein gutes Leben in unserem Land schafft. Durch ein funktionierendes Gemeinwohl mit guter Arbeit, einem modernen und gerechten Bildungssystem, bezahlbarem Wohnraum und nachhaltiger Mobilität wird unser Leben besser, gerechter, einfacher und freier.

Eine aktive und moderne Standort- und Industriepolitik

Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft ein starker und innovativer Industriestandort bleibt. Die klimaneutrale Wirtschaft kann zum Wohlstandsmotor für die nächsten Generationen werden. Wir wollen, dass bis 2030 mindestens eine Million neue, gut bezahlte Jobs in Deutschland entstehen. Dafür ist es zentral, dass wir die Transformation unserer Industrie konsequent vorantreiben und gleichzeitig neue Räume für innovative Geschäftsmodelle, Kreativität und Innovationsgeist schaffen.

Allein bis 2030 braucht es jährlich gut 100 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen, wovon ein Großteil auf die Privatwirtschaft entfällt. Damit das gelingt, wollen wir ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen entfesseln.

Gemeinsam mit Gewerkschaften und Unternehmen werden wir dafür sorgen, dass nachhaltiger Wohlstand hier entsteht und allen zugutekommt. Dabei setzen wir auch in Zukunft auf Mitbestimmung, gute Löhne und eine starke Sozialpartnerschaft.

Ein aktiver Staat

Ein moderner Staat vereinfacht das Leben für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Er setzt Kräfte frei, indem er Rahmenbedingungen festlegt, die einfach und nachvollziehbar sind. Er schafft Freiräume für Kreativität, Erfinder- und Innovationsgeist. Und er gibt Bürgerinnen und Bürgern in Zeiten individueller und gesellschaftlicher Veränderungen Sicherheit und Stabilität.

Das Kernanliegen des Staates ist es, wichtige Aufgaben im Sinne aller zu organisieren. Aufgaben, die wir nur mit der Kraft der Gemeinschaft lösen können. Der Staat setzt die Regeln um, die wir uns als Gesellschaft gegeben haben und schafft die Voraussetzungen, damit wir politische Ziele erreichen können. Dabei ist er Garant dafür, dass die Freiheit der Einzelnen und der Gesellschaft als Ganzes wirtschaftlich und sozial gewährleistet ist.

Mit Blick auf die sozial-ökologische Transformation braucht es einen aktiven Staat, der die klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft vorantreibt. Als Sozialdemokratie stehen wir für einen sozialen Klimaschutz, der alle Bürgerinnen und Bürger auf diesem Weg mitnimmt. Transformation und soziale Gerechtigkeit denken wir zusammen. Klimaschutz kann nur erfolgreich sein, wenn er gesellschaftliche Akzeptanz schafft und als gerecht wahrgenommen wird. Nur eine soziale Klimapolitik, die die unvermeidbaren Lasten gerecht verteilt, Unterstützung für alle anbietet, die sie benötigen und die Anreize wirkungsvoll und gezielt setzt, hat Aussicht auf Erfolg. Wir brauchen nicht nur Brücken für die Industrie, wir brauchen sie auch für die Menschen in unserem Land, damit alle teilhaben können und die Transformation nicht zur Spaltung der Gesellschaft und zu größerer Ungleichheit führt. Der Staat hat die Aufgabe, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die sozial-ökologische Transformation gelingt und Deutschland ein lebenswertes Land für alle und ein attraktiver Standort für Unternehmen ist.

Für ein neues Deutschlandtempo

Wer in Deutschland nachhaltige Infrastruktur ausbauen oder Zukunftsinvestitionen tätigen will, soll darauf nicht jahrelang warten müssen. Wir wollen, dass der Zeitraum zwischen Planungs- und Baubeginn mindestens halbiert wird. Unsere Verfahren müssen deutschland- und europaweit vereinfacht und digitalisiert werden. Insbesondere

für kleine und mittlere Unternehmen ist es zentral, dass die administrativen Hürden in der Transformation nicht zu hoch werden. Wo immer das sinnvoll ist, wollen wir durch den Abbau von Bürokratie neue Räume für Unternehmertum und Kreativität schaffen. Der Deutschlandpakt des Bundeskanzlers Olaf Scholz nimmt hier alle staatlichen Ebenen in die Verantwortung, um das neue Deutschlandtempo umzusetzen.

Ein aktiver Staat sorgt dafür, dass privates und staatliches Kapital in klimafreundliche Geschäftsmodelle und Innovationen fließt. Er übernimmt Verantwortung für eine funktionierende öffentliche Infrastruktur und moderne digitale Verwaltung, die das Leben für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen einfach, sicher und bezahlbar macht. Eine moderne Bürokratie begünstigt die Modernisierung Deutschlands und steht ihr nicht im Weg.

Das Comeback unserer Infrastruktur

Eine leistungsfähige Infrastruktur ist die Grundlage für einen funktionierenden Alltag für Bürgerinnen und Bürger genauso wie für Unternehmen. Die deutsche Infrastruktur war lange Zeit ein wichtiger Standortvorteil sowie die Voraussetzung für gute und gleiche Lebensverhältnisse. Das ist vielerorts nicht mehr der Fall. Es braucht ein Comeback der Infrastrukturpolitik. Deutschland und Europa müssen weltweit wieder Spitze werden, zum Beispiel beim flächendeckenden Zugang zu schnellem Mobilfunk und Glasfasernetzen, intelligenten Stromnetzen, grenzübergreifendem Bahnverkehr oder der Ladeinfrastruktur für emissionsfreien Verkehr. Das erfordert laut dem Bund der Industrie allein bis 2030 mehr als 220 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen. Damit hängt auch die Stärkung des Schutzes der kritischen Infrastruktur zusammen: Eine resiliente, sichere Gesellschaft und eine innovative Wirtschaft sind darauf angewiesen, dass grundlegende Infrastrukturen zuverlässig funktionieren.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die internationalen Rahmenbedingungen für die Industrie haben sich in letzter Zeit dramatisch verändert. Allen voran Chinas zielgerichtete Technologiepolitik und die massiven Investitionen der USA in klimaneutrale Technologien und Infrastrukturen fordern uns als Volkswirtschaft heraus. Wir befinden uns in einem immer intensiveren globalen Wettlauf um die Wertschöpfungsketten der Zukunft. Als Europäer sind wir eine Wirtschaftsmacht, die im globalen Wettbewerb bestehen kann und sich nicht verstecken braucht. Davon profitiert Deutschland wie kaum ein anderes Land.

Wir sind eine erfolgreiche Industrienation. Damit das so bleibt, müssen wir unsere Basis modernisieren und dafür sorgen, dass Neues entstehen kann. Die erfolgreiche

Anwerbung von wichtigen Unternehmen der Halbleiter-Industrie durch die Bundesregierung zeigt, wie eine moderne strategische Industriepolitik gezielt wichtige Industrien nach Deutschland holen und insbesondere Ostdeutschland als zukunftsfähigen Industriestandort stärken kann.

Es muss für Unternehmen attraktiv sein, in Deutschland in klimaneutrale Geschäftsmodelle und Innovationen zu investieren. Das gelingt, wenn der Staat planbare Rahmenbedingungen für diese Investitionen schafft und Investitionen in klimaneutrale Geschäftsmodelle und Infrastrukturen gezielt mobilisiert. Der Staat hat als Auftraggeber die Möglichkeit, Impulse zu geben und über die öffentliche Beschaffung Leitmärkte für klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen zu schaffen. Damit kann er die Nachfrage ankurbeln und Investitionsanreize setzen. Jede Investition in die klimaneutrale Wirtschaft ist eine Investition in die Jobs der Zukunft und gute Löhne.

Der gegenwärtige Investitionsbedarf ist enorm. Wir müssen heute die Anlagen und Infrastruktur bauen, die in den kommenden Dekaden unseren Wohlstand nachhaltig sichern. Der Großteil dieser Investitionen wird von den Unternehmen selbst finanziert. Staatliche und private Akteure müssen dafür enger zusammenarbeiten, um unseren Standort zu stärken. Mit Rekordinvestitionen für die Modernisierung unseres Landes setzt die Bundesregierung richtige Impulse, die in den kommenden Jahren verstetigt und ausgeweitet werden müssen. Um Investitionen in die Modernisierung Deutschlands attraktiver zu machen, wollen wir klimaneutrale Investitionen durch steuerliche Anreize wie zum Beispiel Abschreibungen oder Steuerprämien stärker befördern. Die Förderung, beispielsweise durch Klimaschutzverträge, weiten wir aus.

Nach wie vor haben viele wachsende Unternehmen und Start-ups Probleme, für ihr Wachstum ausreichend Kapital in Europa zu mobilisieren. Daher wollen wir durch eine Vertiefung der Kapitalmarktunion endlich die Mobilisierung privaten Kapitals - sowohl von institutionellen Investoren als auch von Sparerinnen und Sparern - im europäischen Binnenmarkt vereinfachen. Die Europäische Union schöpft ihr ökonomisches Potenzial heute nicht aus. Wir setzen uns dafür ein, dass die nächste Europäische Kommission eine ambitionierte Vertiefung des Europäischen Binnenmarktes zu einem Kernanliegen macht und den Binnenmarkt mit Blick auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts weiterentwickelt.

Wir wollen den Staat als strategischen Investor stärken. Mit einem staatlichen Deutschlandfonds unterstützen wir Investitionen in aussichtsreiche klimaneutrale Geschäftsmodelle und Innovationen, darunter auch gezielt strategisch wichtige Start-ups in der Wachstumsphase, mit zusätzlichem Kapital. Um neue Märkte zu fördern, wollen wir nachhaltige Produkte bei der öffentlichen Auftragsvergabe und bei der Förderung und Beschaffung in den öffentlichen Unternehmen und Dienstleistungen priorisieren. Für Leitbranchen, die für die europäische Versorgungssicherheit und unsere strategische Autonomie besonders wichtig sind (wie etwa Medikamente, Photovoltaik und Halbleiter), wollen wir sicherstellen, dass europäische

Mindestproduktionsanteile erreicht werden, um diese Industrien zu stärken. Transformationsanforderungen an die Industrie, die sich durch die konkrete Umsetzung des Europäischen Grünen Deals und das Erreichen der Klimaneutralität ergeben, machen es notwendig auch das EU-Beihilferecht in den Blick zu nehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass das europäische Beihilferecht künftig ausreichend flexibel gestaltet wird, um Wertschöpfungsketten in Deutschland und Europa zu halten und eine strategische und technologische Souveränität bei uns aufzubauen. Es soll allen europäischen Mitgliedstaaten ermöglicht werden, ihre Industrien beim Umbau hin zur Klimaneutralität aktiver zu unterstützen. In diesem Sinne wollen wir auch die Förderrichtlinien von Bund und Ländern so überarbeiten, dass Investitionen in Strukturwandel und Transformation von kleinen und mittleren Unternehmen besser gefördert werden können.

Innovationen stärker fördern

In den kommenden Jahren werden wir gewaltige Innovationssprünge erleben. Daher brauchen wir eine Innovationspolitik, die die Rahmenbedingungen dafür schafft, dass wir das Innovationspotenzial unserer Gesellschaft und Wirtschaft nutzen können. Deswegen wollen wir ressortübergreifend die öffentliche Förderung wichtiger Innovationen vereinfachen und die gesamtstaatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigern. Das allein aber wird nicht reichen, denn zu oft werden Innovationen aus Deutschland aufgekauft oder suchen ihr Kapital im Ausland. Wir wollen, dass aus Innovationen „Made in Germany“ auch Unternehmen „Made in Germany“ werden. Wir wollen Start-ups den Zugang zum Risikokapital erleichtern. Auch der von der Bundesregierung neu geschaffene Zukunftsfonds steuert wichtiges Kapital für Start-ups in der Wachstumsphase bei. Wir wollen darüber hinaus die Innovationsregionen erweitern, das Format der Spitzencluster neu auflegen sowie großflächige Pilotprojekte und Reallabore besser ermöglichen.

In technologischen Feldern, in denen sich Europa insgesamt einen Wettbewerbs- und Skalenvorteil verspricht, braucht es die gemeinsame Steuerung und Finanzierung von großen Zukunftsprojekten, wie etwa im Bereich von Clean-Tech, Quantencomputing oder Künstlicher Intelligenz. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Initiative IPCEI (Important Project of Common European Interest) zur Förderung und Neuansiedlung strategisch wichtiger Unternehmen auf mehr Branchen ausgeweitet und für den Mittelstand geöffnet wird.

Starke Wissenschaft für ein starkes Deutschland

Eine offene Gesellschaft, die für die Wissenschaftsfreiheit einsteht, und das Bekenntnis zu wissensgetriebenem Fortschritt sind deutsche Markenzeichen, die unser Land weltweit attraktiv machen. Damit unser Wissenschaftssystem seinen Beitrag zur Transformation leisten kann, wollen wir es so fördern, dass sich die besonderen regionalen Stärken in Kooperation der Akteure zu exzellenten Kernen verdichten. Bund und Länder können stärker strukturbildend tätig sein, um eine missionsorientierte

Forschung zu stärken. Dazu zählen insbesondere die Forschungsfelder der gesellschaftlichen Resilienz, der klimafreundlichen Energie und Wasserstoffwirtschaft, der digitalen Wirtschaft und der Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft sowie der Gesundheitsforschung.

Um unsere Hochschulen als Herzstück des Wissenschaftssystems systematisch zu fördern, bekennt sich der Bund zum Einstieg in die Grundfinanzierung der Hochschulen. Die Deutsche Agentur für Transfer und Innovation wollen wir ausbauen und zu dem zentralen Instrument machen, das Wissenschaftsförderung und regionale Strukturpolitik miteinander verbindet.

Eine saubere und sichere Energieversorgung

Für eine klimaneutrale Volkswirtschaft ist bezahlbare, sichere und nachhaltige Energie essenziell. Energie ist ein öffentliches Gut und gehört zur Daseinsvorsorge dazu. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien soll die Energie für die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft deutlich günstiger werden. Günstige Energiepreise sind zudem ein wichtiger Standortvorteil im internationalen Wettbewerb, wenn es um die Ansiedlung von Zukunftsindustrien geht. Daher kommt dem Auf- und Ausbau einer nachhaltigen und unabhängigen Energieversorgung eine hohe Dringlichkeit zu. Die Bundesregierung hat hier bereits wichtige Weichenstellungen getroffen, die den Ausbau Erneuerbarer Energien in den kommenden Jahren massiv beschleunigen werden. Unsere Energieversorgung der Zukunft beruht auf erneuerbarem Strom aus Wind, Solar, Wasserkraft, BioenergieE und Geothermie. Dort, wo die direkte Nutzung von Strom weniger geeignet ist, etwa in der wärmeintensiven Industrie, muss emissionsfreier Wasserstoff oder Biomasse zum Einsatz kommen. Die grüne Wasserstoffwirtschaft ist das zweite Standbein der Energiewende.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zu einem Anstieg der Energiepreise geführt. Auch wenn sich die Lage seither erheblich stabilisiert hat, werden die Energiepreise im internationalen Vergleich für längere Zeit auf hohem Niveau bleiben. Bis die Erneuerbaren Energien in Zukunft Grundlage für verlässliche Perspektiven am Produktionsstandort Deutschland bieten, stehen die energieintensiven Industrien deshalb vor besonderen Herausforderungen. Um ihre Transformation zum Erfolg zu führen und Planungssicherheit für grüne Investitionen zu schaffen, braucht es deshalb zeitlich befristete Maßnahmen zur Senkung des Strompreises.

Die Senkung der Netzentgelte oder der Stromsteuer hat für die energieintensiven Unternehmen keine ausreichende entlastende Wirkung. Die SPD setzt sich daher weiterhin für die Einführung eines verlässlichen und wettbewerbsfähigen Brückenstrompreises für standorttreue und tarifgebundene Unternehmen ein. So ermöglichen wir gezielte finanzielle Entlastung und erhalten Deutschland als starken Industriestandort im internationalen Wettbewerb. Unternehmen, die vom Industriestrompreis profitieren, müssen sich zu Maßnahmen für einen effizienteren Energieeinsatz und zum klimaneutralen Umbau ihrer Anlagen verpflichten. Kleinere und mittlere Betriebe und Haushalte sollen bei den höheren Stromkosten durch eine Palette von Maßnahmen entlastet werden, wie etwa flexible Netzentgelte. Die Netzentgelte dürfen in den Regionen, die schneller Erneuerbare Energien ausbauen nicht höher sein

als in den langsameren Regionen. Idealerweise sollten sie niedriger sein, um den Ausbau zu fördern. Möglichkeiten, dass Unternehmen direkt in erneuerbare Energieparks investieren – unter anderem durch Risikoabsicherungen, sogenannte Power Purchase Agreements – weiten wir aus.

Damit die Energiewende vor Ort auf Unterstützung trifft, setzen wir uns dafür ein, dass die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar vom Ausbau vor Ort profitieren. Konzepte wie Bürgerenergie und Energy Sharing können helfen, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Wir machen uns dafür stark, dass die Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger stärker an den Erlösen von neuen Wind- oder Solarparks beteiligt werden. Denn wenn das neue Windrad die Kita oder das Schwimmbad finanziert, ist die Akzeptanz höher und so auch die Bereitschaft, Flächen dafür auszuweisen und den Wandel proaktiv mitzugestalten.

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn wir die Integration der europäischen Energiesysteme stärker vorantreiben und Europa zur Energieunion weiterentwickeln. Daher setzen wir uns für europäische Ausbauziele für Erneuerbare Energien und Wasserstoff ein und wollen die grenzüberschreitende Netzinfrastuktur schnell ausbauen. Die Energieunion sollte sich nicht nur auf die EU 27 konzentrieren, sondern auch für Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraumes und die Beitrittskandidaten der EU offenstehen. Gleichzeitig streben wir eine Reform des Preisbildungsmechanismus (Merit-Order) im Rahmen einer grundsätzlichen Neuordnung des europäischen Strommarktes an, die über die aktuellen Vorschläge hinausgeht. Dabei unterstützen wir ebenso Kapazitätsmechanismen als dauerhaftes Element im Strommarkt, um über Gas- und zukünftige Wasserstoffkraftwerke, die Einspeiseflauten von erneuerbaren Energien abzufedern.

Mit einem stetig steigenden CO₂-Preis wächst der Anreiz für Haushalte und Unternehmen, in den kommenden Jahren auf klimaschonende Verfahren und mehr Energieeffizienz umzusteigen. Dieser Prozess muss von einer aktiven Förder- und Ordnungspolitik flankiert werden, damit rechtzeitig und ausreichend in nachhaltige bezahlbare Alternativen investiert wird. Wir wollen prüfen, ob und wie Preiskorridore für CO₂ und soziale Kompensationsmaßnahmen die Planungssicherheit für Haushalte und Unternehmen stärken und die Risiken der Umstellung reduzieren können.

Die Transformation in allen Regionen erfolgreich gestalten

Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands geht auf starke industrielle Regionen mit integrierten Wertschöpfungsketten zurück, in denen kleine und mittlere Unternehmen eine tragende Rolle spielen. Zum einen sind sie wichtige Akteure der Zulieferer- und Dienstleistungsindustrie, zum anderen sind sie für Investitionen und Innovationen entlang der Wertschöpfungsketten verantwortlich, von denen unsere Wirtschaft als Ganzes profitiert. Viele kleine und mittlere Unternehmen sind weltweite Marktführer

in ihren Sektoren – sogenannte Hidden Champions. Großunternehmen und Mittelstand bilden zusammen das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Deutschland wird in Zukunft nur dann ein starkes Land und Europa ein wirtschaftsstarker Kontinent bleiben, wenn wir Großbetriebe und Mittelstand gleichermaßen bei der Transformation unterstützen, bestehende Geschäftsmodelle modernisieren und Potenziale für neue Geschäftsmodelle und Innovationen erschließen.

Die sozial-ökologische Transformation, die Digitalisierung und der demografische Wandel betreffen alle Branchen und alle Regionen. Gelungene Transformation bemisst sich daran, ob sie dazu beiträgt, Alltag und Arbeit überall zu verbessern, gleichwertige Lebensverhältnisse und Chancengleichheit zu fördern. Dafür ist eine kluge regionale Struktur- und Arbeitsmarktpolitik notwendig, die nicht nur reagiert, sondern vorausschauend handelt. Sie muss proaktiv Regionen im Strukturwandel unterstützen, damit sie im Wandel erfolgreich bleiben und gute Arbeitsplätze erhalten werden. Dies wird vor Ort vielfach gemacht. Beispiele wie die Transformationsagentur in Rheinland-Pfalz oder die „Revierwende“ in den Kohlerevieren zeigen, dass gezielte Beratung einen solchen Wandel zu guter Arbeit und starken Wertschöpfungsketten unterstützen kann. Die nach der Wende in Ostdeutschland erworbene Kompetenz der Transformation einer ganzen Volkswirtschaft wollen wir aktiv in den Prozess einbringen und von den Erfahrungen profitieren.

Mit einer strategischen Industriepolitik stellen wir sicher, dass Zukunftsinvestitionen gezielt auch in struktur- und finanzschwächere Regionen in Deutschland und Europa fließen. Für die sozial gerechte Transformation braucht es zusätzliche Mittel auf europäischer Ebene, etwa durch eine Weiterführung von NextGenEU sowie europäische industrielle Strategien, die den Süden und Osten Europas miteinbeziehen. Wir wollen alle Regionen ermutigen, neue und zukunftsfähige Industriecluster zu entwickeln, Unternehmen bestärken zu investieren und neue Arbeitsplätze schaffen.

Neben der Dekarbonisierung hat die Kreislaufwirtschaft für die gesamteuropäische industrielle Erneuerung ein enormes Potenzial. Für die klimaneutrale Transformation brauchen wir ausreichend Ressourcen. Die Zeiten, in denen wir Produkte verwenden und dann entsorgen, sind vorbei. Schon lange investieren Unternehmen, auch der öffentlichen Daseinsvorsorge, in eine effizientere Nutzung von Ressourcen, in Recycling- und Aufbereitungsanlagen und in innovative Verfahren zu chemischem und stofflichem Recycling.

Neben einer vorausschauenden Strategie für die Kreislaufwirtschaftspolitik ermöglichen nachhaltige Rohstoffpartnerschaften den Zugang zu seltenen Erden und anderen Ressourcen, die für die Transformation benötigt werden. Darüber hinaus brauchen wir mehr Forschung und Entwicklung von nachhaltigen Substituten sowie einen verstärkten Abbau in Deutschland und Europa. Mit dem Aufbau einer europäischen Kreislaufwirtschaft im industriellen Maßstab können wir die Effizienz in der

Produktion weiter optimieren und uns unabhängiger vom Import machen. Dort, wo Emissionen nicht vermeidbar sind, beispielsweise in der Zementindustrie oder Abfallverbrennung, setzen wir unter strengen Auflagen auf das Auffangen, Speichern und Nutzen von CO₂. So können die Kreislaufwirtschaft geschlossen und eine rohstoffarme Industriegesellschaft realisiert werden.

Fachkräfte

Der zunehmende Fachkräftemangel ist mittlerweile fast überall in unserer Gesellschaft spürbar und hat längst den Lebensalltag der Menschen erreicht. Der demografische Wandel erhöht den Druck auf dem Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren weiter. Ohne ausreichend gut ausgebildete Fachkräfte werden wir die Transformation nicht erfolgreich gestalten können.

Wir können das Potenzial inländischer Fachkräfte noch viel besser nutzen. Dafür braucht es mehr Investitionen in Bildung, eine Stärkung des Ausbildungssystems, bessere Weiterbildungsmöglichkeiten, altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitszeitmodelle für erfahrene Beschäftigte und nicht zuletzt eine Gleichstellungspolitik und Betreuungsinfrastruktur, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und Frauen mehr Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt bietet. In einem zunehmend vom Fachkräftemangel bestimmten Arbeitsmarkt sind diejenigen Arbeitsplatzangebote attraktiv, die Frauen und Männern, Jüngeren und Älteren Arbeitszeitmodelle anbieten, die zu ihrem jeweiligen Leben passen. Wenn wir den Fachkräftemangel gerade in sozialen Berufen, seien es z.B. Pflege- oder Erziehungsberufe, bekämpfen, ermöglicht dies wiederum vielen ebenfalls gut ausgebildeten Frauen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen.

Wir brauchen einen Deutschlandpakt Bildung. Wenn sich Gesellschaft und Wirtschaft verändern, muss sich auch die Bildung verändern. Wir wollen die besten Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland, unabhängig vom Elternhaus: von der Kita bis zum Abschluss von Ausbildung oder Studium und darüber hinaus. Gute Bildung ist die Voraussetzung für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe, für aktive Mitwirkung an unserer Demokratie und eine erfolgreiche Erwerbsbiografie. Eine gelingende Transformation benötigt gute Bildung. Dafür braucht es zusätzliche finanzielle Mittel, insbesondere für die frühe Bildung, für Kitas und Schulen in besonders schwierigen sozialen Lagen und für die Modernisierung von Schulen und ihrer Ausstattung.

Das deutsche duale Ausbildungssystem hat sich bewährt und ist weltweit Vorbild. Wir werden es in der Transformation weiter stärken und uns für eine stärkere Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung – in beide Richtungen – einsetzen. Dazu gehört auch die stärkere Förderung von dualen Studiengängen.

Durch die sozial-ökologische und digitale Transformation verändern sich viele Berufsbilder. Ingenieurinnen, die früher an Dieselmotoren gearbeitet haben, werden sich künftig um Elektroautos kümmern. Kohlekumpel aus der Lausitz werden Windparks warten. Heizungsinstallateure, die heute Gasthermen einbauen, montieren in Zukunft Wärmepumpen. Das politische Ziel, bis spätestens 2045 klimaneutral zu wirtschaften, verändert Geschäftsmodelle, verändert Biografien.

Gleichzeitig entstehen neue Berufsbilder. Eine gute Weiterbildungspolitik muss berücksichtigen, dass es häufiger Veränderungen in der persönlichen Entwicklung geben wird, als dies früher der Fall war. Bildung endet nicht mit dem ersten Berufs- oder Studienabschluss, sondern begleitet uns über das gesamte Berufsleben hinweg. Mit gezielter Förderung von Qualifizierung und Weiterbildung – etwa durch die Einführung des Qualifizierungsgeldes – unterstützen wir Beschäftigte dabei, die Veränderung der Arbeitswelt kontinuierlich mitzugestalten.

Deshalb wollen wir auch die Bundesagentur für Arbeit stärker darauf ausrichten, das Umlernen im Beruf zu fördern. Wir wollen die Möglichkeiten eines Beschäftigtentransfers besser nutzen, wenn betriebliche Umstrukturierungen oder Betriebsschließungen unvermeidbar sind: Ohne Vermittlungsvorrang und mit erweiterten zeitlichen Perspektiven für nachhaltige, auch abschlussbezogene Qualifizierungen können Transfergesellschaften Beschäftigte in eine neue Beschäftigung vermitteln. Eine starke beteiligungsorientierte, proaktive Struktur- und Arbeitsmarktpolitik, gepaart mit öffentlichen Investitionen und den Grundsätzen Guter Arbeit sind wesentliche Bedingungen für eine erfolgreiche Transformation in der Arbeitswelt.

Die Frauenerwerbsquote ist in den letzten Jahren zwar deutlich gestiegen, der Anteil von geringfügiger und Teilzeitarbeit ist aber nach wie vor sehr hoch. Die finanziellen Risiken – in der Erwerbsphase, nach Trennung sowie im Alter – tragen vor allem die Frauen. Die individuellen und die volkswirtschaftlichen Folgen sind vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels erheblich. Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist eine Antwort, um den Gender Pay Gap zu schließen und mehr Frauen für eine Vollzeitbeschäftigung zu gewinnen. Zudem braucht es verlässliche Angebote der Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche, aber auch für pflegebedürftige Ältere, damit Frauen ihre Beschäftigungsanteile erhöhen. Aber auch die Reform steuerlicher Anreize, die die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen manifestieren, kann dazu beitragen, mehr Frauen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen.

Wir wollen eine gesellschaftliche Transformation gestalten, die mit mehr Gerechtigkeit für Kinder und Familien einhergeht. Strukturelle Hürden für eine fairere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern wollen wir beseitigen und echte Wahlfreiheit schaffen, ohne ein Lebensmodell vorzugeben. Als Teil einer modernen Familienpolitik setzen wir uns daher im Rahmen einer Einkommensteuerreform für eine Reform des Ehegattensplittings für neu geschlossene

Ehen ein.

Trotz Fachkräftemangels wird die Bedeutung älterer Beschäftigter häufig immer noch unterschätzt. Die Personalpolitik in den Unternehmen muss sich so verändern, dass sie mehr Wert auf Maßnahmen für Arbeitsschutz und Weiterbildung für Ältere legt. Außerdem gilt es die Potenziale der Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen und nötige Voraussetzungen für die Teilhabe auf dem Ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Auch wenn wir die inländischen Potenziale zur Vollbeschäftigung nutzen, wird der demografische Wandel eine Nettozuwanderung von mehreren Hunderttausend Arbeitskräften jedes Jahr erfordern, wenn wir Wirtschaft und Wohlstand erhalten wollen. Wir wollen Deutschland zu einem modernen Einwanderungsland machen und Fachkräfte aus aller Welt willkommen heißen. Fair gestaltete Einwanderung darf nicht zu Ausbeutung, Lohndumping, unfairem Wettbewerb oder einer Erosion des Tarifgefüges beitragen. Die Einhaltung von Tarifverträgen ist für uns daher Voraussetzung einer fachkräfteorientierten Zuwanderungspolitik. Zuwanderung ist unverzichtbar, um unsere Wirtschaftskraft und unseren Wohlstand zu sichern und unseren Sozialstaat zu finanzieren. Damit sie nachhaltig gelingt, muss unser Land Migration gezielt fördern und eine aktive Integrationskultur entwickeln. Mit dem Chancenaufenthaltsgesetz, dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz und der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts haben wir in der Regierung wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen.

Gute Arbeit in der Transformation

Zu den großen Chancen der sozial-ökologischen und digitalen Transformation gehören die Aussicht auf Vollbeschäftigung und gute Arbeit. Insbesondere durch Digitalisierung und Automatisierung wird monotone und belastende Arbeit reduziert werden. Trotz Automatisierung wird der Bedarf an Arbeitskraft, an gut ausgebildeten Fachkräften in den kommenden Jahren hoch bleiben. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Interessen organisiert vertreten, ist das eine große Chance, den Wandel der Arbeitswelt konstruktiv mitzugestalten und durchzusetzen, dass die Gewinne der Transformation allen zugutekommen: durch bessere Arbeitsbedingungen, gute Löhne und flexiblere Arbeitszeiten. Die gute Nachricht ist: Eine erfolgreiche Transformation geht Hand in Hand mit guter Arbeit und mehr Freiheiten für ein selbstbestimmtes Leben.

Eine Arbeit mit Tarifvertrag bedeutet bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig sind mitbestimmte Betriebe nachweislich innovativer und wirtschaftlich erfolgreicher. Die EU-Mindestlohnrichtlinie gibt das Ziel einer Tarifbindung von 80 Prozent in allen Mitgliedsstaaten vor. Derzeit liegt sie in Deutschland knapp unter 50 Prozent. Es bedarf gemeinsamer Anstrengungen von Gewerkschaften und Politik, diese zu erhöhen. Am meisten profitieren werden von dieser Anstrengung die ostdeutschen Länder. Wir wollen die Tarifbindung deshalb wieder stärken. Die Vergabe öffentlicher Aufträge soll an die Einhaltung von

Tarifverträgen gebunden werden: Wenn öffentliche Gelder und Fördermittel für die Bewältigung der Transformation von Unternehmen eingesetzt werden, sollen sie konsequent an die Kriterien Tarifbindung, Standortentwicklung, Beschäftigungssicherung und Qualifizierungsstrategien gebunden werden.

Der Vorschlag der Mindestlohnkommission, den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in den kommenden beiden Jahren in zwei Stufen um jeweils 41 Cent anzuheben, wird zu Recht als unfair und unangemessen empfunden. Diese von der Mindestlohn-Kommission vorgeschlagene Erhöhung ist viel zu gering und wird weder der allgemeinen Lohnentwicklung noch der hohen Inflation, insbesondere bei Energie und Lebensmitteln, gerecht. Dass diese Empfehlung der Kommission erstmals nicht einvernehmlich, sondern mit der Mehrheit der Arbeitgeber gegen die Stimmen der Arbeitnehmer beschlossen worden ist, ist ein empörender Eklat und schadet der Akzeptanz der Kommission. Es ist und bleibt richtig, dass die Lohnfindung in Deutschland in den Händen der Tarifpartner liegt, doch auch in Tarifverhandlungen führt am Ende nur der Konsens zum Abschluss.

Wir wollen in einem gemeinsamen Verfahren unter Einbeziehung der Gewerkschaften, der AfA, der Bundestagsfraktion und des Bundesarbeitsministers Vorschläge entwickeln, wie das Ziel eines angemessenen Mindestschutzes der Beschäftigten durch die Empfehlungen der Mindestlohnkommission besser erreicht werden kann. Im Ergebnis soll das in einem Mechanismus münden, der zu einer deutlichen Erhöhung des Mindestlohns führt. Die Empfehlungen der EU-Mindestlohnrichtlinie sind dabei eine wichtige Grundlage. Zu einem Gesamtkonzept für gerechtere Bezahlung der breiten Arbeitnehmerschaft gehören auch weitere Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung, wie eine leichtere Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Wesentliche Entscheidungen – zum Beispiel über Produktionsstandorte und Rechtsformänderungen von Unternehmen – dürfen nicht gegen die Arbeitnehmerschaft getroffen werden. Lücken im europäischen Mitbestimmungsrecht wollen wir schließen. Betriebsräte sollten auch das Recht haben, bei strategischen Entscheidungen wie dem Einführen völlig neuer Produktlinien oder dem Umstrukturieren von Unternehmensteilen frühzeitig mitzubestimmen. Wir wollen mehr Mitbestimmungsrechte für die Betriebs- und Personalräte bei der Personalbemessung - und planung, im Vorfeld des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz und bei der betrieblichen Weiterbildung. Wir wollen zudem ein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei betrieblichen Maßnahmen, die der Transformation oder dem Umwelt- und Klimaschutz dienen, sowie bei Maßnahmen zur Herstellung von Entgeltgleichheit und Geschlechtergerechtigkeit im Betrieb.

Immer mehr Menschen wollen ihre Arbeitszeiten selbstbestimmt gestalten. Wir wollen eine humane Arbeitswelt, die allen Menschen die Chance gibt, füreinander zu sorgen, sich zu engagieren und zugleich wirtschaftlich abgesichert zu sein. Dauer und Lage der Arbeitszeit beeinflussen die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie sowie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Fortschrittliche Arbeitszeitpolitik ist daher eine Kernfrage der gerechten Verteilung der von den Beschäftigten erwirtschafteten Produktivitätszuwächse. Wir wollen den Wandel der Wirtschaft nutzen, um strukturelle Hürden für eine paritätische Aufgabenteilung in Beruf und Familie zu beseitigen und

Sorgearbeit fairer zu verteilen. Die SPD unterstützt die Gewerkschaften politisch überall dort, wo sie einen neuen Anlauf zur Arbeitszeitverkürzung unternehmen. Darüber hinaus setzen wir Maßnahmen zu mehr individueller Arbeitszeitsouveränität um, wie etwa die Bildungs(teil)zeit und Familienarbeitszeit. Wichtige Schutzstandards des Arbeitszeitgesetzes wie z.B. die Ruhezeiten behalten wir bei.

Wir stellen zudem sicher, dass die Perspektiven von Frauen konkret berücksichtigt werden. Mit einer geschlechtergerechten Transformationsfolgenabschätzung können Entscheidungen über Innovationen, Investitionen und Subventionen so justiert werden, dass keine arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Fehlanreize zu Lasten weiblicher Beschäftigung und der Repräsentanz von Frauen getroffen werden. So schaffen wir bessere strukturelle Voraussetzungen für Geschlechtergerechtigkeit.

Bezahlbar Wohnen

Beim Wohnen müssen viele wichtige Bedürfnisse gleichermaßen erfüllt werden: Wir wollen uns auf bezahlbares, sicheres und familienfreundliches Wohnen in vielfältigen und lebendigen Quartieren verlassen können. Die notwendige Wärmewende muss so gestaltet werden, dass die Bürgerinnen und Bürger den Umstieg auf klimaneutrales Heizen finanziell stemmen können. Für uns hat der Aufbau nachhaltiger kollektiver Infrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt, Priorität. Daher haben wir den Ausbau der kommunalen Wärmeplanung als zentralen Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge auf den Weg gebracht: Sie umfasst den Aus- und Umbau der regionalen Strom- und Gasverteilnetze, die Schaffung von Speichern, die Nutzung von Ab- und Fernwärme sowie der Kraft-Wärme-Koppelung. Solche gemeinschaftlichen Infrastrukturen sind vielerorts deutlich kostengünstiger und effizienter als individuelle Lösungen. Wir verbessern darüber hinaus die Rahmenbedingungen für den Ausbau von Solaranlagen und setzen uns für die Einführung einer Solarpflicht auf Gewerbegebäuden ein.

Die Zukunft des Bauens muss ebenfalls auf Klima- und Generationengerechtigkeit, Ressourcen- und Flächenschonung ausgerichtet sein. Viele Gebäude, die wir heute bauen, werden hundert Jahre lang stehen. Wir setzen in der Bauwende auf die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs im gesamten Bauprozess, den Einsatz erneuerbarer Energien und klimafreundliche Materialien, beispielsweise durch den verstärkten Einsatz von Holz. Wir wollen Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter verkürzen und Bauprozesse durch serielle Methoden und digitale Verfahren beschleunigen. Die energetische Sanierung des Gebäudebestandes fördern wir weiterhin auf hohem Niveau, mit dem Ziel jährlich zwei Prozent des Bestandes pro Jahr energetisch zu sanieren. Mit der steuerlichen Förderung, Investitionszulagen und der Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit setzen wir zusätzliche Impulse für den Bau und den dauerhaften Erhalt von bezahlbarem Wohnraum. Bund, Länder und Gemeinden müssen sich gemeinsam darum kümmern, dass ein bedarfsdeckendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum entsteht - vor allem dort, wo der Markt das nicht schafft. Der soziale Wohnungsbau ist dafür das zentrale Element. Wir verstetigen die erfolgreichen Programme der Städtebauförderung: Unsere Städte sollen Orte des nachhaltigen Zusammenlebens sein. Wir wollen Boden

stärker als bisher gemeinwohlorientiert nutzen und der rein profitorientierten Verwertung soziale Grenzen setzen. Öffentliche Flächen sollen für bezahlbaren staatlichen, kommunalen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau sowie öffentliche Infrastruktur genutzt und deswegen nicht privatisiert werden. Wir wollen ein preisgedämpftes kommunales Vorkaufsrecht für Immobilien schaffen.

3. Die digitale Zukunft ist selbstbestimmt

Wie wir leben, wie wir uns informieren und kommunizieren, wie wir arbeiten und lernen, ist in zunehmendem Maße von digitalen Dienstleistungen bestimmt. Wir sind vernetzt und haben mehr Zugang zu Wissen als jemals zuvor. Wir solidarisieren uns in Echtzeit mit mutigen Menschen auf der ganzen Welt und können Hilfe schneller und unabhängig von der Entfernung organisieren. Wir setzen digitale Systeme ein, um neue und bessere Medikamente zu entwickeln, online zusammenzuarbeiten und über soziale Netzwerke unser Zusammenleben zu organisieren.

Doch es gibt auch Schattenseiten. Unternehmen verkaufen unsere Daten und unsere Aufmerksamkeit gegen das höchste Gebot. Vielfach werden die Selbstbestimmung und die Schutzrechte der Nutzerinnen und Nutzer unterlaufen, denn in den Geschäftsmodellen sind sie nicht die Kundschaft, sondern bloße Ware. Weil die Unternehmen nicht genügend Verantwortung dafür übernehmen, finden Hass und Hetze schneller den Weg auf unsere Smartphones als Zusammenhalt und Solidarität. Gezielte und geschäftsmäßige Desinformation bedroht unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie.

Auch die Veränderungen im Arbeitsleben sind nicht nur positiv. Viele neue Jobs, die auf der Basis von digitalen Plattformen entstanden sind, sind schlecht bezahlt und unterlaufen unsere Arbeitsschutzstandards. Da, wo die Digitalisierung der Arbeitswelt den Beschäftigten Vorteile bringt, sind diese nicht gerecht verteilt. Ein Pfleger profitiert nicht von Home-Office-Regelungen. Die Kassiererin findet es gut, wenn durch Automatisierung ihr Job einfacher wird. Sie macht sich aber auch Sorgen, wie lange sie überhaupt noch gebraucht wird.

Wir beobachten zudem, dass der Einfluss großer Digitalkonzerne und einzelner Staaten auf Wettbewerb, Innovationen und staatliches Handeln immer größer und digitale Technologien zu einem politischen Instrument werden.

Für uns als SPD ist klar: Wir wollen eine Digitalisierung, von der alle profitieren, nicht nur wenige. Wir wollen eine Digitalisierung, die das Gemeinwohl in den Mittelpunkt stellt. Im Fokus unserer Digitalpolitik steht die Selbstbestimmung der Nutzerinnen und Nutzer ebenso wie die Souveränität staatlichen Handelns. Daran messen wir den Fortschritt in unserer Gesellschaft.

Uns leitet der Gedanke, dass die Digitalisierung die Emanzipation des Menschen voranbringen muss. Sie muss sozialen Fortschritt und zukunftsfesten Wohlstand ermöglichen. Technologie ist nie Selbstzweck. Sie muss das Leben von uns allen einfacher, besser und selbstbestimmter machen.

Um das zu erreichen, werden wir zum einen die Modernisierung und Digitalisierung staatlichen Handelns voranbringen und dafür sorgen, dass die digitale Daseinsvorsorge zum Standard wird. Zum anderen werden wir dafür sorgen, dass alle Menschen und die Gesellschaft die Mehrwerte der Digitalisierung für sich realisieren können, dass also die digitale Dividende in der Arbeitswelt, im Bildungssystem und der Gesundheitsvorsorge gerecht verteilt wird.

Digitale Daseinsvorsorge im modernen Staat

Wir wollen eine digitale Zukunft, von der alle etwas haben. Eine entscheidende Grundlage dafür ist der moderne Staat. In Zeiten von sozial-ökologischer Transformation und technologischen Umbrüchen kommt es darauf an, dass der Staat zuverlässig und effizient den Wandel gestaltet.

Eine bürgernahe Verwaltung verwirklichen

Wir wollen einen Staat, der mit seiner Verwaltung den Menschen zugewandt ist und sie befähigt, den Wandel selbstbestimmt mitzugestalten. Deshalb brauchen wir eine digitale Daseinsvorsorge, die die Leistungen des Staates und seine Verfahren so einfach und unbürokratisch wie möglich gestaltet. Eine ambitionierte digitale Verwaltung hat das Ziel und den Anspruch, das Leben der Menschen einfacher und besser zu machen. Unser Ziel sind Leistungen aus einer Hand: Die Beratung und Unterstützung entlang von Lebenslagen und nicht entlang der Sozialgesetzbücher. Dafür werden wir den Zugang zu Verwaltungsleistungen digital gestalten und vereinfachen und die Verwaltung gleichzeitig persönliche und quartiers- und gemeindebezogen erreichbar halten. Zudem werden wir die Verfahren der staatlichen Verwaltung flächendeckend und durchgängig digitalisieren und so die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Behörden und staatlichen Ebenen verbessern. Bei der Entwicklung digitaler Zugänge und Verfahren hat sich das Prinzip der verteilten Entwicklung, das „Einer für alle“-Prinzip, bewährt. Damit die einmal entwickelten Verfahren flächendeckend eingesetzt werden können und damit eine bruchfreie Zusammenarbeit der Behörden und der Ebenen gelingt, sorgen wir für verpflichtende Schnittstellen und Standards und eine konsequente Modernisierung der Verwaltungsregister.

Der kontrollierte und transparente Einsatz algorithmischer Entscheidungen und generativer KI-Systeme ist dafür geeignet, Verwaltungsdienstleistungen zu

vereinfachen und zu standardisieren. Dadurch werden komplexe und zeitintensive Verfahren ersetzt. Das entlastet Verwaltungsangestellte und beschleunigt Verfahren. Dabei braucht der Einsatz von Methoden Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung Transparenz, eine klare Zieldefinition und regelmäßige Überprüfung der Zieltreue. Überall da, wo Menschen betroffen sind, muss eine verantwortungsvolle Risikoabschätzung klären, an welcher Stelle des Verfahrens eine menschliche Letztentscheidung und das Einlegen von Rechtsmitteln vorgesehen werden.

Für eine umfassend digitale Verwaltung benötigen wir motivierte und digital kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dafür muss ihre Ausbildung in digitalen Belangen modernisiert und die Weiterbildung gestärkt werden. Zudem müssen die Beschäftigten beim Umbau der Verwaltung mit ihrem Erfahrungswissen einbezogen werden. Nicht alle Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung müssen IT-Expertinnen oder -Experten sein. Dennoch müssen wir auch mehr IT-Fachkräfte für die öffentliche Verwaltung ausbilden und ihre Arbeitsbedingungen verbessern.

Daten nutzen, Bürger- und Verbraucherrechte schützen, den handlungsfähigen Rechtsstaat stärken

Der moderne Staat wahrt die Grund- und Freiheitsrechte seiner Bürgerinnen und Bürger und schützt ihre Rechte als Beschäftigte und als Verbraucherinnen und Verbraucher, gerade auch im digitalen Raum. Die informationelle Selbstbestimmung der Menschen ist elementar für das Funktionieren unserer Demokratie.

Wir wissen um die erheblichen Potenziale der Nutzung großer, qualitativ hochwertiger Datenmengen in der Digitalisierung, die eine effiziente und gerechte Daseinsvorsorge unterstützen, eine gerechte und gelingende Bildung und eine individuell wirksame Medizin möglich machen. Gleichzeitig sind wir uns der Risiken durch den möglichen Missbrauch sensibler persönlicher Daten bewusst. Wir wollen deshalb zu einer guten Balance von Datennutzung und Datenschutz finden. Bei der Verfügbarkeit von Daten für die Entwicklung gemeinwohlorientierter Mehrwerte oder neuer Geschäftsmodelle kommt dem Staat als größtem Datenmonopolisten eine erhebliche Verantwortung zu. Wir wollen die Informationsfreiheit und die Open-Data-Verpflichtung der Behörden zum Offenlegen nicht geschützter Daten deshalb zu einem umfassenden Transparenzrecht weiterentwickeln.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit Daten setzt echte Transparenz voraus. Dabei kommt es darauf an, dass Menschen jederzeit darüber informiert sind und dass sie selbst bestimmen, zu welchem Zweck, ob und wie ihre persönlichen Daten gesammelt, verarbeitet und genutzt werden. Unter diesen Voraussetzungen wollen wir alternative Formen der Datennutzung ermöglichen und den Aufbau von Datengenossenschaften und Datentreuhändern unterstützen, auch um zu verhindern, dass Daten auf unkontrollierten Märkten gehandelt werden.

Die Bedrohung unserer digitalen Welt durch cyberkriminelle Angriffe für Spionage, Desinformation, Manipulation und Sabotage ist eine erhebliche Gefahr für die Souveränität von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb wollen wir die Cybersicherheitsarchitektur neu aufstellen: Im Zentrum steht ein gestärktes und unabhängiger aufgestelltes Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik.

Für die Wahrung der informationellen Selbstbestimmung und der Vertraulichkeit der Kommunikation brauchen die Menschen sichere digitale Infrastrukturen und ein Recht auf Verschlüsselung. Die Hersteller von Hard- und Software wollen wir verpflichten, ihnen bekannte Sicherheitslücken zügig und vollständig zu beheben.

Auch der Staat darf Sicherheitslücken nicht offenhalten oder nutzen. Er soll nicht anlasslos und flächendeckend Daten speichern. Die Überwachung digitaler Kommunikation darf nur zur Verfolgung schwerer Straftaten erfolgen.

Zugleich muss die Strafverfolgung im Internet wirksam und effektiv sein. Die Menschen müssen die Sicherheit haben, dass sie Beleidigung, übler Nachrede oder cyberkriminellem Betrug nicht schutzlos ausgeliefert sind. Die Strafverfolgungsbehörden müssen deshalb personell und technisch in die Lage versetzt werden, Kriminalität im Netz konsequent zu verfolgen und die Digitalisierung für die Kriminalitätsbekämpfung zu nutzen – im analogen wie im digitalen Bereich.

Moderne staatliche Verantwortung: Gemeinwohlorientierte digitale Räume stärken

In einer digital souveränen Gesellschaft haben alle Menschen frei und selbstbestimmt Zugang zum digitalen öffentlichen Raum, zu Kommunikationsmitteln, zu Angeboten von Wissen und Bildung, von Information und Meinungsbildung. Zunehmend werden diese digitalen öffentlichen Räume jedoch von wenigen, global und monopolartig agierenden Konzernen gestaltet und kontrolliert. Nicht nur unser digitaler Diskurs wird deshalb zunehmend profitorientiert organisiert und gelenkt. Wir spüren die Auswirkungen im Alltag, wenn Diskussion durch Hass und Hetze verdrängt und zunehmend fragmentiert wird. Das hat reale Konsequenzen für unseren Zusammenhalt und unsere Demokratie, denen wir klar begegnen müssen.

Es ist wichtig, dass wir die Betreiber kommerzieller digitaler Plattformen durch eine starke europäische Gesetzgebung und deren wirksame Durchsetzung in die Pflicht nehmen. Wir haben die klare Erwartung und werden erwirken, dass digitale öffentliche Räume für alle Menschen zugänglich und transparent gestaltet sind und dass deren Betreiber konsequent gegen Desinformation und Hass vorgehen und dass sie eigenkontrollierte Maßnahmen für eine ausgewogene Pluralität ergreifen.

Wir sind überzeugt: Es braucht nichtkommerzielle Alternativen zu den bestehenden privaten Kommunikationsplattformen, um allen Menschen eine souveräne, demokratische und gerechte digitale Kommunikation zu ermöglichen. Die Etablierung solcher Alternativen unterstützen wir als Teil einer digitalen Daseinsvorsorge und einer demokratischen Digitalisierung. So wollen wir den demokratischen Diskurs von profitorientierten Interessen befreien. Wir wollen öffentliche digitale Räume schaffen, in denen unsere Daten, unser Content, unsere Kommunikation und unsere Meinungen keine Ware sind.

Daher wollen wir aktiv den Aufbau von zivilgesellschaftlichen und öffentlich-rechtlich organisierten Strukturen für Kommunikation und Austausch unterstützen. Öffentliche Unternehmen, Datengenossenschaften, gemeinnützige GmbHs und kommunale Trägerschaften sollen als Alternativen gegen die Monopole kommerzieller digitaler Anbieter gestärkt werden.

Gleiche Lebensverhältnisse schaffen

Mit der Digitalisierung der Verwaltung wollen wir ermöglichen, dass der moderne Staat die wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe in unserem Land gestalten kann. Gemeinwohlorientierte öffentliche digitale Räume sollen die Souveränität der Nutzerinnen und Nutzer wahren und den demokratischen Diskurs in unserer digitalen Welt unabhängig von globalen Monopolen gestalten.

Damit uns dies gelingt und damit die volle politische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Teilhabe für alle auch im Digitalen erhalten bleibt, brauchen alle Menschen in unserem Land verlässlichen und schnellen Zugang zum Internet. Funklöcher und stockende Videokonferenzen müssen endlich der Vergangenheit angehören – auf dem Land genauso wie in der Stadt. Deshalb ist der diskriminierungsfreie Zugang zum Internet in staatlicher Verantwortung. Mit großer Anstrengung wollen wir den Ausbau von Glasfasernetzen und modernster Mobilfunktechnologie weiter vorantreiben. Dabei setzen wir auf europäische Lösungen mit dem Ziel, die bestehenden technologischen Abhängigkeiten weiter zu reduzieren. Für uns alle schaffen wir dadurch im Digitalen gleiche Lebensverhältnisse.

Eine digitale Standort- und Industriepolitik vorantreiben

Unsere Vorstellung von einer digitalen Daseinsvorsorge umfasst auch eine digitale Industrie- und Innovationspolitik.

Mit unserer digitalen Verwaltung stärken wir den Standort Deutschland, denn eine verlässliche und effektive Verwaltung entlastet Unternehmen. Im gemeinsamen Interesse

ist bei der Digitalisierung von Verwaltungs- und Wirtschaftsvorgängen der effektive Schutz zentraler Geschäftsdaten.

Gleichzeitig wollen wir unsere Unternehmen in ihrer digitalen Wettbewerbsfähigkeit unterstützen, indem wir die gemeinsame Datennutzung von Unternehmen fördern und den Einsatz von Open-Source-Lösungen stärken. Denn der Einsatz von digitalen Systemen und KI wird entscheidend dafür sein, dass der Umbau unserer Wirtschaft hin zu Klimaneutralität, Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft effektiv gelingt.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Wettbewerbs der politischen und gesellschaftlichen Systeme ist die Souveränität von Wirtschaft und Staat essenziell. Darum müssen wir unsere Abhängigkeit von einzelnen Unternehmen und Staaten reduzieren, auch wenn dies aktuell nicht immer die wirtschaftlichste Lösung ist. Umso wichtiger erscheint es, dass Unternehmen in Deutschland und Europa eigene Lösungen für unsere digitale Zukunft herstellen. „Made in Europe“ soll ein Gütesiegel für innovative, wertebasierte digitale Produkte werden.

Dafür wollen wir die innovativen Kräfte in Europa besser bündeln, zum Beispiel durch die europäische Förderung der Entwicklung von Sektor spezifischen KI-Modellen. Solche Modelle sind schon jetzt in den Sektoren Energie, Mobilität, Bildung und im Gesundheitswesen besonders wichtig. Wir brauchen dazu klare rechtliche Vorgaben, wie zum Beispiel die europäische KI-Verordnung, die den digitalen Technologiestandort Deutschland und Europa stärken.

Die Digitale Dividende gerecht verteilen

Durch technologischen Fortschritt wollen wir Wohlstand, Selbstbestimmung und Emanzipation für alle Menschen erreichen und nicht nur steigende Profite für Wenige. Deshalb geht es bei der Digitalisierung auch um die gerechte Verteilung von Gewinnen bei Produktivität, bei Lebens- und Arbeitsbedingungen. Es geht darum, dass alle Menschen davon profitieren, wenn Bildung digitaler und gerechter wird und wenn durch ein digitales Gesundheitswesen eine bessere medizinische Behandlung und Versorgung erzielt werden kann.

Arbeit, die zum Leben passt – Selbstbestimmung in der digitalen Zukunft

Wir wollen, dass der technologische Fortschritt einer modernen und humanen Arbeitswelt dient. Produktivitätsgewinne sollen immer auch zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen führen. Automatisierung und Digitalisierung können unsere Arbeit leichter machen, uns von langweiliger Routine befreien und uns bei der Bewältigung komplexer Aufgabenstellungen unterstützen. Für alle Tätigkeiten, bei denen das

möglich ist, setzen wir uns für ein Recht auf mobiles Arbeitenein, aber auch für einen Ausgleich für diejenigen, die von der neuen Flexibilität nicht profitieren können.

Wir wollen neue Arbeitszeitmodelle ermöglichen, die für die Beschäftigten mehr Selbstbestimmung und eine bessere Vereinbarung von Leben, Familie und Beruf ermöglichen. Uns ist besonders wichtig, dass diese Chance nicht allein Gutverdienenden in wenigen Branchen offensteht und Arbeitsverdichtung bei anderen bedeutet. Unser langfristiges Ziel sind Lösungen, die zu einer gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverluste und Personalengpässe führen.

Wir setzen uns für eine progressive Familienpolitik ein. Hierbei sollen auch der Wandel der Wirtschaft und die technologischen Fortschritte genutzt werden, um flächendeckend flexiblere Arbeitszeitmodelle einzuführen, die Familien zugute kommen – insbesondere alleinerziehenden Erwerbstätigen, die überwiegend Frauen sind. Unsere familienpolitischen Ansätze müssen die strukturellen Hürden für eine paritätische Aufgabenteilung in Beruf und Familie abbauen und dazu führen, dass Sorgearbeit deutlich gerechter verteilt wird. Mit dem Elterngeld setzen wir stärkere Anreize für Väter, zu einem frühen Zeitpunkt gleichberechtigt Verantwortung zu übernehmen, ohne Familien Wahlmöglichkeiten zu nehmen – mittels des „6+6+6- Modell“ und einer Dynamisierung des Elterngeldes. Mit der Kindergrundsicherung werden wir nicht nur unsere Kinder besser vor Armut schützen, sondern Eltern durch eine einfachere und digitale Beantragung von Bürokratie entlasten - und zudem sicherstellen, dass Alleinerziehende keine Schlechterstellung erfahren.

Wir haben den Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und Rückkehr in Vollzeit bereits umgesetzt. Mit einer finanziell unterstützten Bildungs(teil)zeit bieten wir zudem neue Möglichkeiten, die Arbeitszeit für Qualifizierung und Weiterbildung zu reduzieren.

Häufig ist der Einsatz neuer Technologien mit Akzeptanzproblemen verbunden. Insbesondere der Schutz vor Überwachung mit dem Ziel der Leistungskontrolle und -verdichtung ist den Beschäftigten ein großes Anliegen. Deswegen ist die Mitbestimmung von Beschäftigten, beispielsweise wenn es um den Einsatz von KI im Betrieb geht, besonders wichtig. Wir wollen daher die Sozialpartnerschaft und Mitbestimmungsrechte stärken.

Bei komplexen Unternehmensgeflechten und Plattformarbeit werden wir tariffreie Räume schließen, auch indem die Ohne-Tarifbindung-Mitgliedschaft (OT-Mitgliedschaft) in Arbeitgeberorganisationen abgeschafft wird. Wir führen ein digitales Zugangsrecht für Betriebsräte und Gewerkschaften ein. Um auch die Schutzrechte der Beschäftigten, beispielsweise gegenüber Ausspähung, sicherzustellen, bringen wir noch in dieser Legislaturperiode ein eigenständiges Gesetz für den Beschäftigtendatenschutz voran.

Die Digitalisierung kann auch einen Beitrag zu einer inklusiveren Arbeitswelt leisten. Für Menschen mit körperlichen, geistigen oder Sinnes-Behinderungen können digitale Technologien Barrieren abbauen und die Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsmarkt stärken. Digitale Werkzeuge und Angebote müssen deshalb von vornherein barrierefrei gestaltet werden und Menschen mit Behinderungen müssen bei der Entwicklung digitaler Lösungen von Anfang an mit einbezogen werden.

Digitale Kompetenzen stärken

Digitale Kompetenzen sind jetzt schon eine Voraussetzung, um an unserer Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben zu können. Sie spielen in unserem Bildungssystem aber noch eine viel zu geringe Rolle. Wir wollen, dass wir alle gleichermaßen in der Lage sind, Fakten von Desinformation zu unterscheiden und den Einfluss sozialer Medien zu reflektieren. Diese Medienkompetenz ist auch für die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaft zunehmend wichtig angesichts der gezielten Verbreitung von Verschwörungstheorien, Hassparolen und Fake News im digitalen Raum. Wir alle sollten die technischen, die rechtlichen und die kulturellen Strukturen des Internets kennen und müssen die Wirkungsweise von Algorithmen verstehen.

Gleichzeitig entstehen für die Bildung mit der Digitalisierung neue Möglichkeiten für Inklusion und individuelle Lernwege, neue didaktische Mittel, neue Verbreitungswege und Zugänge zu Wissen. Der Zugang zu digitalen Geräten und Bildungsinhalten muss deshalb für alle Schülerinnen und Schüler offen und niedrigschwellig sein und Lehrmittelfreiheit muss grundsätzlich auch für alle digitalen Lehrmittel gelten, also für Hard- und Software. Wir wollen eine eigenständige informatische Grundbildung verpflichtend etablieren und eine umfassende Medienbildung in den Bildungsplänen im gesamten Bildungssystem als Querschnittsaufgabe verankern. Die Aus- und Weiterbildung digitaler Kompetenzen bei den Lehrkräften und insbesondere von Informatik-Lehrkräften muss daher gezielt forciert werden.

Für gleiche Emanzipations- und Teilhabechancen für alle Menschen ist es wichtig, dass wir die soziale Schere der digitalen Kompetenzen in der Schule, im Alltag und in der Arbeitswelt schnell und nachhaltig schließen. Alle Menschen müssen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund umfassend über notwendige digitale Kompetenzen verfügen. Dabei müssen wir einen Fokus auf die Schule legen, wollen aber auch Angebote für alle Generationen fördern, deren digitale Teilhabe fortentwickelt werden muss. Das ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein zentrales Element der gerechten gesellschaftlichen Teilhabe im 21. Jahrhundert.

Länger gesund bleiben

Unsere alternde Gesellschaft und der Fachkräftemangel stellen das Gesundheitswesen vor große Herausforderungen. Die Nutzung großer, qualitätsgesicherter Datenmengen und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Medizin bieten uns große Chancen, nicht nur bei der Entwicklung von Impfstoffen und Antibiotika. Wir wollen die Digitalisierung und den Einsatz von KI vorantreiben, um die Qualität der medizinischen und pflegerischen Versorgung zu verbessern.

Es ist unser Anspruch, dass die hohe Qualität unseres Gesundheitswesens allen gleichermaßen zugutekommt. Beispielsweise können wir durch den Einsatz von digitalen Hilfsmitteln bei der Dokumentation und Patientenüberwachung die Arbeitsbelastung im Gesundheitswesen reduzieren und schaffen so mehr Zeit für Patienten und machen Pflegeberufe attraktiver.

Auch die Telemedizin ist ein Schlüssel zu einem Gesundheitssystem, von dem alle profitieren. Dadurch unterstützen wir eine barrierefreie medizinische Beratung, Diagnose und Behandlung in der Fläche, zum Beispiel durch mobile Ärztinnen und Ärzte oder durch Community Health Nurses (Gemeindepflegerinnen und -pflegern), und verbessern insbesondere die Versorgung von Patientinnen und Patienten in ländlichen Gebieten oder mit eingeschränkter Mobilität.

Wichtige Voraussetzung für ein modernes, leistungsfähiges digitales Gesundheitswesen ist die Digitalisierung der Gesundheitsdaten. Das zentrale Element ist dabei die elektronische Patientenakte (ePA). Die ePA muss die Sicherheit der hochsensiblen Gesundheitsdaten wahren und soll allen die Souveränität geben, selbst zu bestimmen, wer Zugriff auf welche Daten erhält.

Um das zu erreichen, wollen wir eine zentrale und staatlich organisierte Datenzugangs- und Koordinierungsstelle etablieren. Sie soll den Zugang zu Gesundheits- und Versorgungsdaten aus verschiedenen Quellen mit hoher Datenqualität und hohem Datenschutz ermöglichen und unter diesen Voraussetzungen auch der forschenden Industrie zugänglich machen.

Wir wollen Datenschutz und Datennutzung so in Einklang bringen und eine ausgewogene Balance zwischen den Schutzrechten der Patientinnen und Patienten und den medizinischen Mehrwerten einer verbesserten Versorgung, Behandlung und Forschung herstellen.

4. Ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen

Als Sozialdemokratie wollen wir in das investieren, was uns als Land stark macht und Wohlstand für alle ermöglicht: eine leistungsfähige Infrastruktur, gelingende Bildung, sozialen Klimaschutz und Digitalisierung. Wir treten ein für eine

ambitionierte Investitions- und Gerechtigkeitsagenda, die unser Land modernisiert, gerechter macht und dabei die Menschen in ihrem Alltag entlastet.

Wir wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter wird. Mit einem Deutschlandpakt Bildung starten wir eine gesamtstaatliche Offensive für eine gerechte und gelingende Bildung für jedes Kind. Wir wollen, dass die klimaneutrale Wirtschaft zum Wohlstandsmotor für zukünftige Generationen wird. Der klimaneutrale Umbau erfordert von uns in den kommenden Jahren deutlich höhere Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen, Mobilität, Gebäude und die Modernisierung von Unternehmen. Dasselbe gilt für die Digitalisierung der Wirtschaft, Verwaltung, Bildung und Gesundheit. Einen Wandel, der früher über Generationen hinweg erfolgte, müssen wir in wenigen Jahrzehnten bewältigen.

Diese Investitionen – ob öffentlich oder privat – werden sich auszahlen. Sie werden unser Leben einfacher und bezahlbarer machen. Jeder investierte Euro in den klimaneutralen Umbau, in gelingende Bildung und in eine souveräne Digitalität ist ein Euro für unseren zukünftigen Wohlstand, für zukünftige Jobs und gute Löhne.

Damit Deutschland auch in Zukunft ein modernes Land ist, schlagen wir eine Reihe von finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen vor. Damit gehen wir auch gegen die wachsenden Ungleichheiten von Einkommen, Vermögen und Chancen an und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir werden die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger entlasten. Die allerhöchsten Einkommen und Millionenvermögen werden wir stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls und der Modernisierung unseres Landes beteiligen. Mit den Mehreinnahmen für Bund und Länder verfolgen wir klare Ziele: Ein erheblicher Anteil soll in den Deutschlandpakt Bildung fließen. Mit der Mobilisierung von staatlichem und privatem Kapital investieren wir in ein klimaneutrales und digitales Deutschland.

Darüber hinaus haben wir bereits auf dem Bundesparteitag 2019 beschlossen, dass wir in einer Revitalisierung der Vermögensteuer ein adäquates Instrument sehen, mit dem einem weiteren Anwachsen der Vermögenskonzentration entgegengewirkt werden kann. Dieser Beschluss gilt.

Die Mehrheit entlasten: Erbschaften, Vermögen und Einkommen gerechter besteuern

Die Krisen der letzten Jahre haben die Bürgerinnen und Bürger gefordert. Wir wollen für Entlastung sorgen. Daher werden wir unter anderem im Rahmen einer grundlegenden Einkommensteuerreform dafür sorgen, dass die große Mehrheit der Steuerzahlenden mehr Geld in der Tasche hat (etwa 95 Prozent). Um die Entlastungen zu finanzieren, werden die Steuerpflichtigen mit den höchsten Einkommen mehr Verantwortung übernehmen. Vor dem Hintergrund der durch die jüngsten Krisen verstärkten sozialen Ungleichheiten wollen wir zudem die allerhöchsten **Vermögen** noch stärker in die Verantwortung ziehen. Daher wollen wir, dass diejenigen, die **über die höchsten Vermögen in unserem Land verfügen**, zusätzlich eine **einmalige** Krisenabgabe beisteuern. Das ist

leistungsgerecht, denn die Bürgerinnen und Bürger mit den höchsten **Vermögen** können die Herausforderungen der Transformation aus eigenen Mitteln finanzieren und einen größeren Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

Der klimaneutrale Umbau unserer Wirtschaft und Gesellschaft und die Digitalisierung sind Generationenaufgaben. Zur Bewältigung der Generationenaufgabe Wiedervereinigung hat sich der Solidaritätszuschlag bewährt, der heute in der Einkommensteuer nur noch von Spitzeneinkommen bezahlt wird. Dieses Instrument wollen wir für die Finanzierung der Modernisierung unseres Landes als Zukunftsabgabe neu begründen und weiterführen. Wir stellen sicher, dass der Kreis der betroffenen Steuerpflichtigen gleichbleibt und nicht mehr Bürgerinnen und Bürger als heute die neue Zukunftsabgabe bezahlen. Mit einer stärker progressiven Ausgestaltung der Zukunftsabgabe wollen wir die finanziellen Spielräume des Bundes erweitern und somit zusätzliche Investitionen in Bildung ermöglichen. Denn gelingende Bildung ist Grundvoraussetzung für eine gelingende Transformation.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuer in ihrer heutigen Form ist weder gerecht noch effizient. Viele Bürgerinnen und Bürger zahlen heute auf vergleichsweise kleine Erbschaften deutlich höhere Steuern als Erben von Multimillionen- und Milliardenvermögen, die oftmals in Unternehmen gebunden sind. Diese Ungerechtigkeit werden wir ändern. Wir werden die persönlichen Freibeträge erhöhen. Das ist notwendig und fair, weil die letzte Anpassung lange zurückliegt, die durchschnittlichen Vermögenspreise seither aber stark gestiegen sind. Das selbstgenutzte Familienheim bleibt auch in Zukunft unangetastet. Das bedeutet eine Entlastung für viele Steuerpflichtige. Gleichzeitig werden wir die Erbschafts- und Schenkungssteuer so reformieren, dass Multimillionäre und Milliardäre mehr zum Gemeinwohl beitragen. Innerhalb des bestehenden progressiven Steuertarifs führen wir eine effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen ein, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gilt. Dabei werden wir darauf achten, die Steuergestaltung weiter einzudämmen. Die deutsche Unternehmenslandschaft ist geprägt von Mittelstand und Familienunternehmen. Wir werden sicherstellen, dass Unternehmen durch die Reform nicht in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Deshalb können Unternehmen bereits heute die Steuerzahlung über mehrere Jahre stunden. Diese Möglichkeit weiten wir aus und stellen sicher, dass weder Arbeitsplätze noch wichtige Modernisierungsvorhaben gefährdet werden. Für kleine Unternehmen wird es weiterhin Begünstigungen geben, die mit ansteigendem Wert abschmelzen.

Durch die bestehenden Mechanismen des Finanzkraftausgleichs zwischen den Ländern wird sichergestellt, dass alle Bundesländer von den zusätzlichen Steuereinnahmen profitieren. Mit dem Deutschlandpakt Bildung wollen wir eine gesamtstaatliche Bildungsoffensive starten und erwarten deshalb, dass die Länder die Mehreinnahmen für die dringend erforderliche Stärkung und Modernisierung des Bildungssystems einbringen.

Investitionen für ein modernes Deutschland

Die industrielle und digitale Transformation verlangt in den kommenden zwei Jahrzehnten umfassende zusätzliche staatliche und private Investitionen. Für die Modernisierung unseres Landes braucht es neue Antworten, wie wir privates und staatliches Kapital für diese Zukunftsinvestitionen mobilisieren.

Voraussetzung für eine gelingende Transformation sind ausreichend Investitionen, zum Beispiel in Netze, klimafreundliche Produktionsanlagen und neue Technologien. Oft stehen diesen Investitionen jedoch hohe Hürden im Weg. Regulierung, Risiko und Abhängigkeit von staatlichen Entscheidungen erschweren privaten Akteuren die Mobilisierung von Kapital. Daher werden wir einen staatlichen Deutschlandfonds aufsetzen, im Rahmen dessen Staat und private Akteure als Partner in zentrale Zukunftsprojekte investieren. Der Deutschlandfonds speist sich aus zwei Quellen: erstens durch Kreditaufnahme über den Kapitalmarkt und zweitens durch Kapital von privaten Investoren. Die Investitionen sind an klar definierte Kriterien und die Einhaltung öffentlicher Auflagen, zum Beispiel zu Löhnen, gebunden. Die Vergabe sollte schematisch und vor allem rasch erfolgen. Die korrekte Verwendung der Gelder wird im Nachhinein sanktionsbewehrt überprüft.

Für das Management des Fonds soll auf bestehende Kompetenzen zurückgegriffen werden (zum Beispiel KfW, KENFO). Neben zielgerichteten Zukunftsinvestitionen investiert der Fonds als Kapitalgeber in Unternehmen in Transformationsprozessen und sorgt dafür, dass strategisch wichtigen Start-ups, deren Kapitalbedarfe über die Kapazität des Zukunftsfonds hinausgehen, Scale-up-Finanzierung zur Verfügung steht.

Die Dividenden der erfolgreichen öffentlichen Investitionen fließen zurück in den Fonds. Damit profitiert der Staat, und somit profitieren alle Bürgerinnen und Bürger von den Gewinnen der Transformation.

Wir wollen die Investitionsfähigkeit der Kommunen stärken, damit in allen Teilen des Landes öffentliche Investitionen zum Erhalt der Infrastruktur und für eine gelingende Transformation möglich werden. Insbesondere Kommunen im Strukturwandel brauchen finanzielle Unterstützung, um diese Zukunftsaufgabe leisten zu können. Wir schaffen ein unbürokratisches Fördersystem für kommunale Investitionen in Infrastruktur und Transformation, das auch finanzschwachen Kommunen den Transformationsprozess ermöglicht.

Als Sozialdemokratie stehen wir für eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik. Wir sind überzeugt: eine starke, vollausgelastete Wirtschaft und ein hohes Beschäftigungsniveau mit guten Löhnen sind die besten Grundlagen für solide öffentliche Haushalte. Mit einer starken Wirtschaft gehen stabile Steuereinnahmen und sinkende Bedarfe für die soziale Sicherung und Bezuschussung der Rente einher. Daher ist es wichtiger denn je, in eine zukunftsfähige Wirtschaft und die Köpfe nachfolgender Generationen zu investieren.

Die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form ist ein Standort- und Wohlstandsrisiko für

Deutschland geworden. Sie bremst den notwendigen Wandel. Wir wollen die Schuldenregeln ändern, damit mehr Investitionen in die produktive Kapazität der Wirtschaft – Infrastruktur, Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung – möglich sind. Mit dieser Reform erweitern wir den Spielraum für die notwendigen Investitionen und bringen die Potenziale unserer Wirtschaft zur vollen Entfaltung. Damit tragen wir zu einer Vollauslastung der Wirtschaft und Vollbeschäftigung bei und treiben die Modernisierung unseres Landes voran.

In Zeiten der Transformation spiegelt die Schuldenbremse in ihrer heutigen Ausgestaltung nicht mehr die wirtschaftlichen Realitäten wider. Der Spielraum der Neuverschuldung wird in Abhängigkeit von der „Normallage“ bestimmt, einem wirtschaftlichen Zustand, der aktuell kaum bestimmbar ist. Starre Begrenzungen der Kreditaufnahme von Bund und Ländern, wie wir sie derzeit in den Verfassungen vorfinden, lehnen wir ab. Sie verhindern Investitionen und beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit des Staates. Um das zu ändern, bedarf es einer Grundgesetzänderung und entsprechender politischer Mehrheiten, für die wir weiterhin werben.

Kurzfristig werden wir die Schuldenbremse modernisieren, stärker auf Investitionen ausrichten und gerechter für künftige Generationen machen. Eine Reform der Konjunkturkomponente macht den Verschuldungsspielraum abhängig von Investitionen in die produktive Kapazität der Wirtschaft, wie zum Beispiel Bildung, und ermöglicht Vollbeschäftigung. In akuten Krisenzeiten kann der Staat die Schuldenbremse aussetzen. Die Tilgungsverpflichtungen führen zu Einsparzwängen in künftigen Staatshaushalten. Damit wird die finanzielle Krise künstlich fortgesetzt und die Lasten einer einmaligen Notsituation auf künftige Generationen verschoben. Es ist ein Fehler, dass die Steuerzahlenden von morgen die Krisen von heute finanzieren müssen. Wir setzen uns daher dafür ein, diesen ungerechten Mechanismus zu ändern.

Zusammen für ein starkes Land

Als Sozialdemokratie sind wir überzeugt, dass wir gemeinsam mit den Menschen in unserem Land den vor uns liegenden Wandel für alle in unserer Gesellschaft positiv gestalten werden. Wir reißen uns nicht ein in die Stimmen der Schwarzmalen und Schlechtedner. Deutschland hat an vielen Stellen bewiesen, dass es sich aus Krisen und Herausforderungen herausarbeiten kann. Das wird auch jetzt wieder passieren: mit einem klaren Kompass, der auf die Modernisierung des Landes setzt, der die klimaneutrale und die digitale Transformation zu einer Stärke unseres Landes macht.

Unsere Vision ist ein Land, in dem die Leistung jeder und jedes Einzelnen respektiert wird. Ein Land, in dem jede und jeder von ihrer beziehungsweise seiner Arbeit gut leben kann, auch im Alter. Ein Land, in dem die Generationen gerade im demografischen Wandel sich aufeinander verlassen können. Ein Land, in dem neu Zugewanderte und Alteingesessene gemeinsam an unserem Wohlstand und an einer integrativen Gesellschaft arbeiten. Ein Land, in dem diese Menschen an zukunftsfähigen Geschäftsmodellen

arbeiten, auf die sie stolz sein können. Ein Land, das auch in Zukunft zu den stärksten Volkswirtschaften der Welt gehört. Ein Land, das nachhaltige Innovationen hervorbringt, die weltweit Standards setzen. Ein Land, in dem der Lohn für ein gutes Leben reicht, mit Familienurlauben, Restaurantbesuchen und Kulturerlebnissen. Ein Land, in dem Wohnen bezahlbar ist. Ein Land, in dem günstiger Strom auf dem Dach oder in der Nachbarschaft produziert werden kann. Ein demokratisches Land, das zusammenhält und zusammensteht. Ein Land mit sauberer Luft, leisem Verkehr, in dem alle einfach und bezahlbar von zu Hause zur Arbeit kommen, ob mit der Bahn, dem Bus, Fahrrad, Auto, oder zu Fuß. Ein Land mit digitalen Schulen, ohne schwere Schulranzen, in dem gleiche Chancen auf die beste Bildung für unsere Kinder im Mittelpunkt steht. Ein starkes Land im Herzen eines starken Europas.

Dafür arbeiten wir als Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Impressum

Herausgegeben vom
SPD-Parteivorstand
Abteilung 3 / Beteiligung
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10911 Berlin

SPD.DE